

Herausgeber
Österreichischer Integrationsfonds

Integrations barometer 2/2017

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek
Mag. Jennifer Stark

Integrations barometer 2/2017

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek

Mag. Jennifer Stark

Integrations barometer 2/2017

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek
Mag. Jennifer Stark

Dezember 2017

© Österreichischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF)/Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Tel.: +43(0)1/710 12 03-0, mail@integrationsfonds.at; **Verlags- und Herstellungsort:** Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; **Lektorat:** Mag. Gregor Jank – Korrektor; **Layout:** Marion Dorner Grafik Design; **Druck:** TriSys DI Hans A. Gruber KG, Gumpendorfer Straße 5, 1060 Wien; **grundlegende Richtung:** wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration; **Offenlegung gem. § 25 MedienG:** Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen.

Weder der Österreichische Integrationsfonds noch andere, an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte, haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche insbesondere politische Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Hinkunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

Inhaltsverzeichnis

- 7** Vorwort
- 8** Kernergebnisse
- 10** Hintergrund der Studie und Methodik
- 11** Ergebnisse im Detail
 - 11** Bewertung des Zusammenlebens
 - 15** Bewertung der Integration von Bevölkerungsgruppen
 - 17** Bemühung um Integration
 - 18** Zustimmung zu Vorschlägen und Aussagen im Bereich Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration
- 20** Themenbereich Parallelgesellschaften in Österreich
- 23** Zustimmung zu Vorschlägen und Aussagen im Bereich Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration (März 2017)
- 28** Themenbereich Parallelgesellschaften in Österreich (März 2017)

Vorwort



Franz Wolf

*Geschäftsführer des
Österreichischen Integrationsfonds*

Für das Integrationsbarometer werden in regelmäßigen Zeitabständen 1.000 österreichische Staatsbürger/innen zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt. Damit sollen Entwicklungen bei den Einstellungen und Wahrnehmungen der österreichischen Bevölkerung zum Thema der Integration über die letzten Jahre hinweg erhoben werden.

Die Ergebnisse der Befragung vom August 2017 zeigen, dass mehr als die Hälfte aller Befragten das Verhältnis von Österreich/innen und Zuwander/innen als negativ bewerten. Im Vergleich zur vorangegangenen Befragung vom März 2017 zeigt sich damit eine leichte Verschlechterung der Wahrnehmungen zum Zusammenleben. Deutlich schlechter wird das Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen bewertet: Mehr als 6 von 10 Befragten nehmen dieses als negativ wahr. Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass in Österreich Parallelgesellschaften existieren.

8 von 10 Befragten sprechen sich dafür aus, dass islamische Kindergärten und Moscheen strenger kontrolliert werden. Drei Viertel der Befragten geben aber auch an, dass ein an europäischen Werten ausgerichteter Islam Teil Europas sein kann.

In einer Gesellschaft im Umbruch gilt es die Frage zu beantworten, wie eine gemeinsame Basis des Zusammenlebens zu gestalten ist und wie ein möglichst solidarisches, friedliches und die Freiheit des Einzelnen berücksichtigendes Zusammenleben in Österreich gelingen kann. Mit dem neuen Integrationsgesetz wurden 2017 klare Verpflichtungen für Flüchtlinge geschaffen, um staatlich angebotene Integrationsberatung, Deutschkurse sowie Werte- und Orientierungskurse in Anspruch zu nehmen. Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) setzt dabei auf zahlreiche Maßnahmen, um die Integration von Flüchtlingen und Zuwander/innen zu unterstützen und damit einen Beitrag für das gute Zusammenleben in Österreich zu leisten.

1

Kernergebnisse

- Die Bewertung des Zusammenlebens zwischen Zuwander/innen und autochthonen Österreicher/innen wird im August im Vergleich zu vorangegangenen Umfragewellen etwas kritischer gesehen. Diese Ergebnisse führen den leicht negativen Trend der letzten Umfragewellen fort. Hintergründe dafür könnten einerseits in Vorkommnissen innerhalb der letzten Monate, andererseits in der andauernden medialen Diskussion über das Thema liegen. Am kritischsten wird zudem das Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nichtmuslim/innen bewertet, am zweit-schlechtesten jenes zwischen Österreicher/innen und Flüchtlingen und am besten jenes zwischen Österreicher/innen und „Zuwander/innen“ (ohne weitere Konkretisierung). Das zeigt die kulturelle Dimension des Themas.
- Die Mehrheit der Bevölkerung spricht sich dafür aus, dass Flüchtlinge, die Mindestsicherung beziehen, verpflichtend gemeinnützig in der Gemeinde arbeiten sollten.
- Beim Thema Bildung sprechen sich 72% für eine verpflichtende Teilnahme am Schwimmunterricht ohne Rücksicht auf religiöse Gründe, 88% für ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr bei schlechten Deutschkenntnissen und 86% für strengere Kontrollen der Deutschkenntnisse des Kindergartenpersonals aus.
- Im Bereich Sozialleistungen sind 63% für eine Auszahlung von Sozialleistungen an EU-Bürger/innen erst nach fünf Jahren. 80% sind für das Angleichen von im Ausland bezogener Familienbeihilfe an das Einkommensniveau des jeweiligen Landes. Auch sollte der Zugriff auf Gemeindewohnungen nicht erleichtert werden und die Auszahlung von Sozialleistungen an die Integrationsbereitschaft gekoppelt sein.
- Muslim/innen werden deutlich skeptischer bewertet als andere Integrationsgruppen.

- Die Existenz von Parallelgesellschaften wird von 74% der Bevölkerung bejaht.
- Diese Parallelgesellschaften werden hauptsächlich mit muslimischen Gruppen in Verbindung gebracht.
- Die Bemühungen sowohl der österreichischen Bevölkerung und Politik als auch der Flüchtlinge selbst werden mehrheitlich kritisch betrachtet.
- Beim Thema Islam sind 80% der Menschen für strengere Kontrollen in Moscheen, um möglichen Radikalisierungsentwicklungen entgegenzuwirken. 86% sprechen sich für eine strengere Kontrolle der Auslandsfinanzierung von Moscheen aus und 84% für strengere Kontrollen von islamischen Kindergärten. Der Aussage, der Islam gehöre zu Österreich, stimmt eine Mehrheit von 73% nicht zu.
- Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft soll aus Sicht der Bevölkerung nicht erleichtert werden und auch Doppelstaatsbürgerschaften steht man sehr kritisch gegenüber.
- 46% der Befragten geben an, ihr persönliches Sicherheitsgefühl habe sich durch die ankommenden Flüchtlinge verschlechtert. Seit der letzten Umfragewelle im Dezember 2016 ist dieser Anteil leicht gesunken, damals gaben 53% an, ihr Sicherheitsgefühl habe sich verschlechtert.

2

Hintergrund der Studie und Methodik

Ziel des Integrationsmonitors ist es, Einstellungen und Stimmungsströmungen im Zusammenhang mit dem Thema Integration sowohl in der österreichischen Bevölkerung als auch unter Menschen mit Migrationshintergrund regelmäßig zu erheben. Peter Hajek Public Opinion Strategies führt dazu eine regelmäßige Umfrage durch, um aktuelle Stimmungen und Meinungsverschiebungen regelmäßig und zeitgerecht erfassen zu können. Die vorliegende Publikation umfasst jene Befragungen, die im März und August 2017 durchgeführt wurden.

In beiden Befragungswellen wurden 1.000 Österreicher/innen (österreichische Staatsbürger/innen) ab 16 Jahren repräsentativ befragt. Die Befragung wurde teils in Form einer telefonischen Befragung und teils in Form einer Onlinebefragung durchgeführt. Dieser Methodenmix hat sich als sehr gute Variante bewährt, um sowohl die Gruppe der jungen Menschen (online) als auch die höheren Altersschichten (telefonisch) gut zu erreichen. Die Feldarbeit fand zwischen 28. März und 5. April bzw. zwischen 1. und 11. August 2017 statt.

3

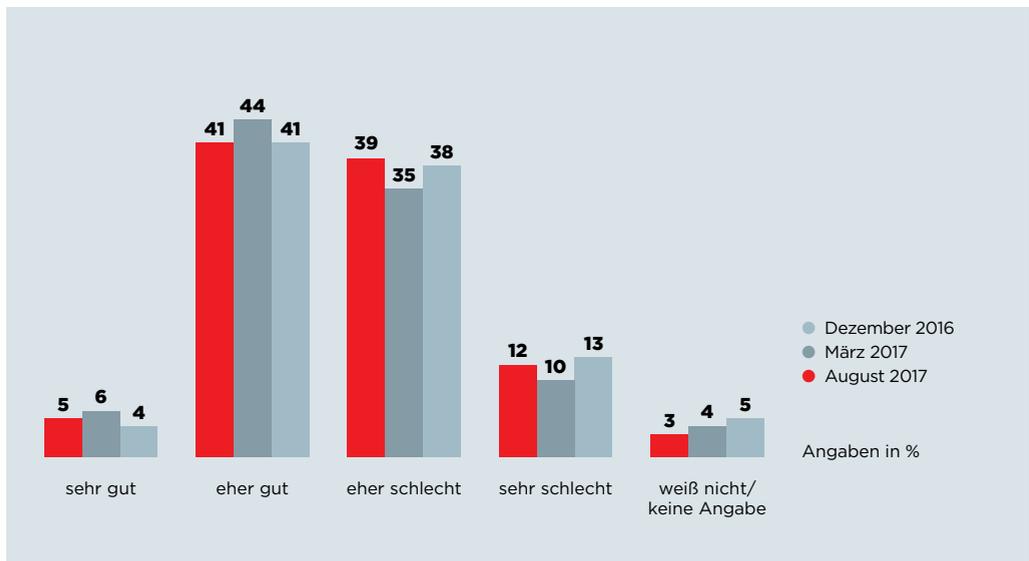
Ergebnisse im Detail

Bewertung des Zusammenlebens

Das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Zuwander/innen bewertet die Bevölkerung etwa zur Hälfte positiv und zur Hälfte negativ. Kritischer äußern sich nied-

riger Gebildete (Menschen ohne Matura), Menschen im ländlichen Raum, also Menschen in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner/innen, Menschen aus dem Osten und Süden Österreichs und Menschen, die Parallelgesellschaften vermuten.

ABB. 1: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN

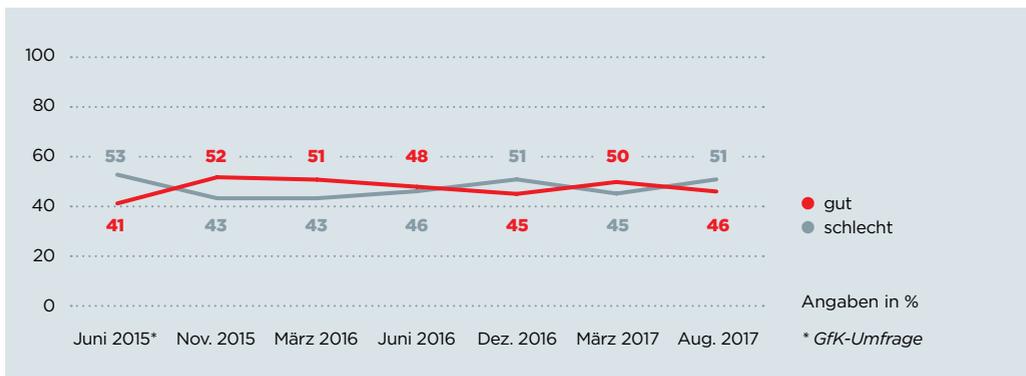


Rundungsdifferenzen möglich.

Im Vergleich zu der letzten Umfragewelle zeigt sich eine leichte Eintrübung der Stimmung auf das Niveau von Dezember 2016,

die nun mit 51% schlechter Bewertung wieder knapp negativ ist.

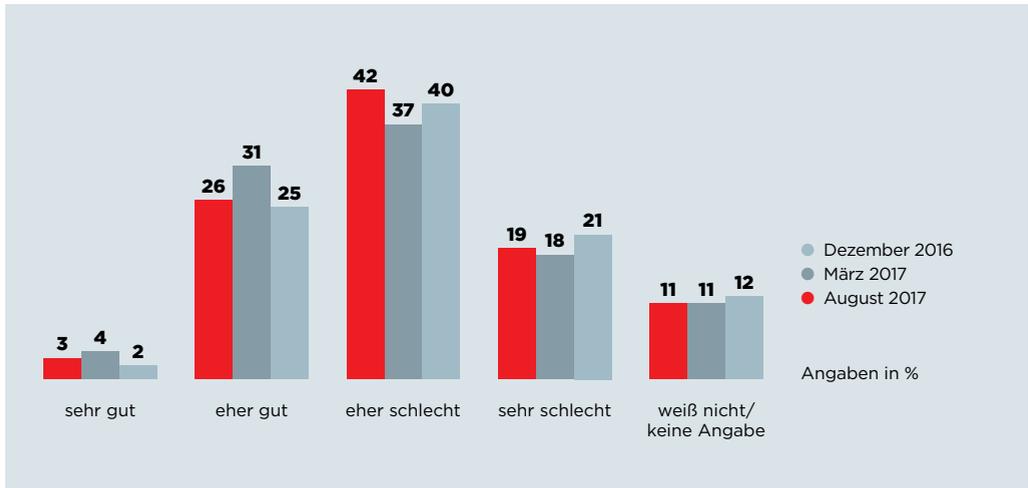
ABB. 2: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN: ZEITVERLAUF



Diese Eintrübung zeigt sich auch im Zeitvergleich bei der Bewertung des Zusammenlebens zwischen Muslim/innen und Nicht-muslim/innen in Österreich. Hier sind niedrigere Bildungsschichten, Menschen

aus Süd- und Westösterreich und Menschen, die Parallelgesellschaften vermuten, sowie die Gruppe der 30- bis 49-Jährigen kritischer eingestellt.

ABB. 3: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHTMUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH



Rundungsdifferenzen möglich.

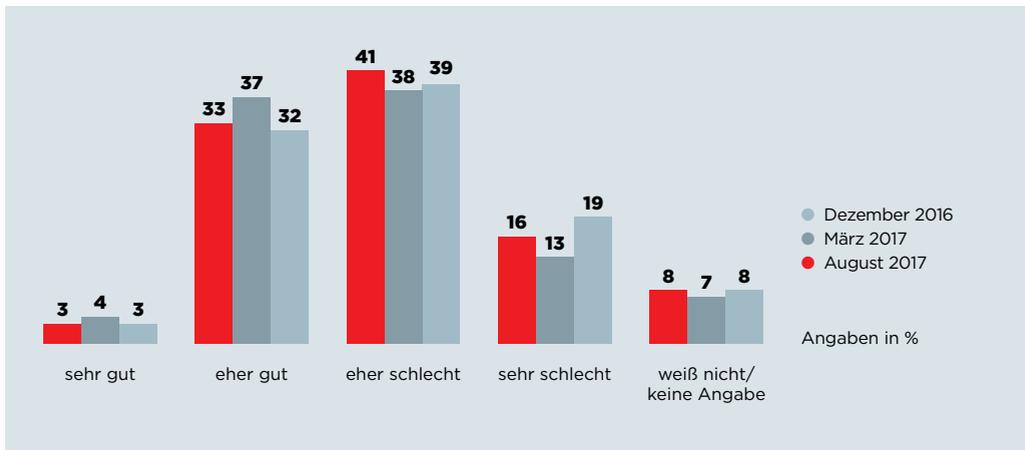
ABB. 4: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHTMUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH: ZEITVERLAUF



Und schließlich hat sich auch die Bewertung des Zusammenlebens zwischen Österreicher/innen und Flüchtlingen im Vergleich zur letzten Umfragewelle im März etwas verschlechtert. Die Verschiebung hat dabei vorwiegend aus dem Bereich „eher gut“ hin zu einer negativen Bewertung stattgefunden.

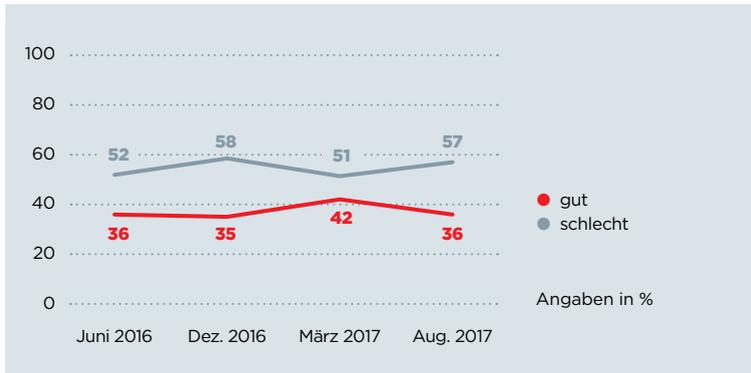
Negativer äußern sich auch in diesem Bereich niedrig Gebildete, unter 30-Jährige sowie Menschen, die Parallelgesellschaften vermuten.

ABB. 5: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND FLÜCHTLINGEN



Rundungsdifferenzen möglich.

ABB. 6: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND FLÜCHTLINGEN: ZEITVERLAUF

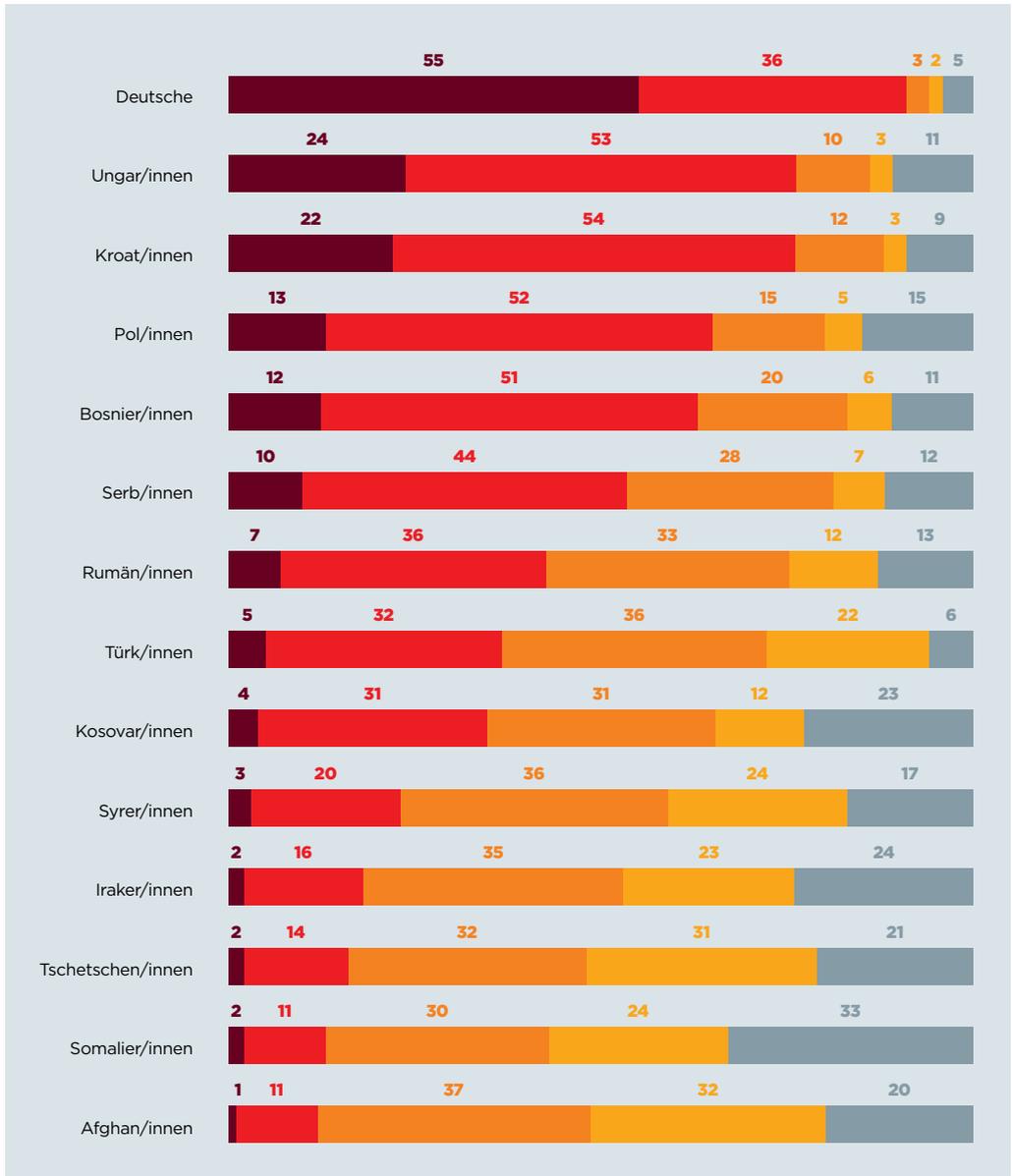


Bewertung der Integration von Bevölkerungsgruppen

Die Bewertung der Integration von verschiedenen Bevölkerungsgruppen fällt sehr unterschiedlich aus. Während die Integration von Deutschen, Ungar/innen, Kroat/

innen, Pol/innen, Bosnier/innen und Serb/innen mehrheitlich als gut gelungen bewertet wird, fällt die Bewertung der Integration von Rumän/innen, Türk/innen, Kosovar/innen, Syrer/innen, Iraker/innen, Tschetschen/innen, Somalier/innen und Afghan/innen mehrheitlich kritisch bzw. als nicht gut gelungen aus.

ABB. 7: BEWERTUNG DER INTEGRATION VERSCHIEDENER BEVÖLKERUNGSGRUPPEN IN ÖSTERREICH (AUGUST 2017)



● sehr gut ● eher gut ● weniger gut ● gar nicht gut ● weiß nicht/keine Angabe Angaben in %
 Rundungsdifferenzen möglich.

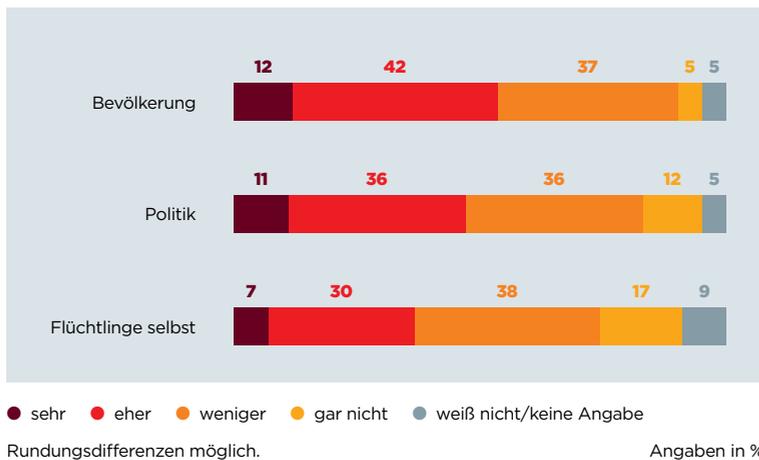
Bemühung um Integration

Die Einschätzung der Bemühung von Bevölkerung, Politik und Flüchtlingen selbst um Integration zeigt, dass der Einsatz der Bevölkerung für die Integration mehrheitlich positiv bewertet wird, während der Einsatz der Regierung und der Flüchtlinge selbst mehrheitlich kritisch eingeschätzt wird. Jedoch sehen auch 42% der Befragten die Bemühungen der Österreicher/innen als ausbaufähig an.

Das Bemühen der Politik bewerten Männer, niedrige Bildungsschichten, Menschen, die am Land leben, Menschen aus Mittelösterreich sowie Menschen, die Parallelgesellschaften vermuten, kritischer.

Das Bemühen der Flüchtlinge selbst um Integration sehen niedrige Bildungsschichten, Menschen aus dem Westen Österreichs sowie Menschen, die Parallelgesellschaften vermuten, kritischer.

ABB. 8: BEMÜHUNG UM INTEGRATION (AUGUST 2017)



Zustimmung zu Vorschlägen und Aussagen im Bereich Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration

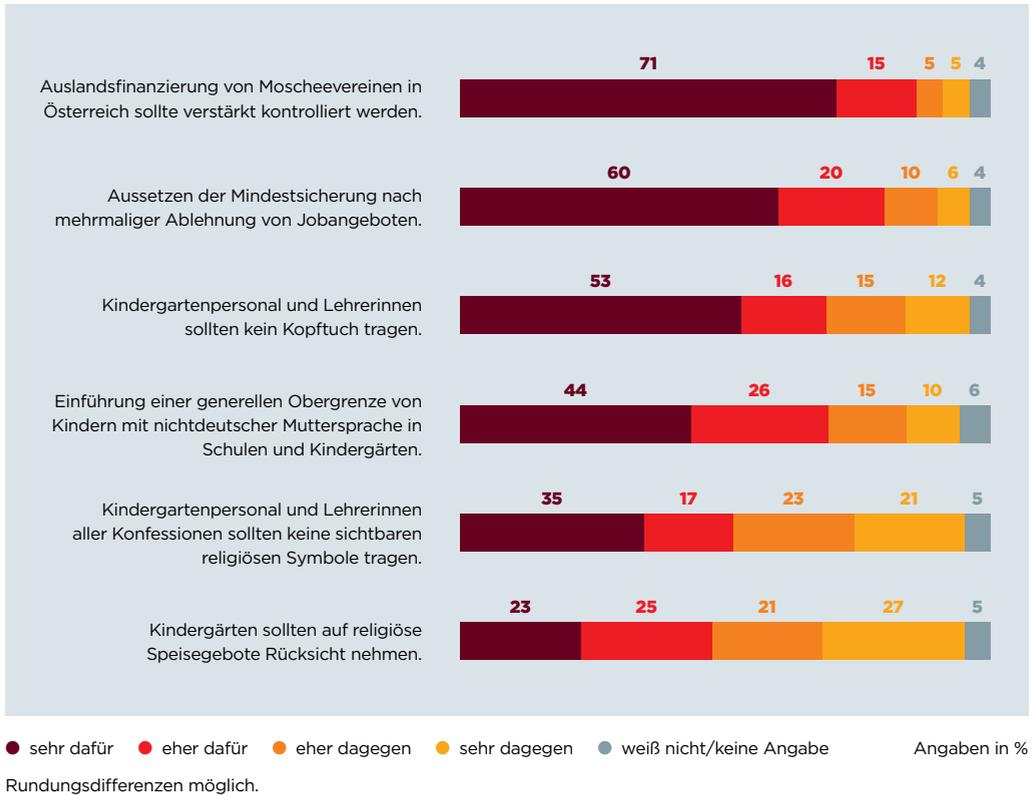
Ganze 86% der Bevölkerung sprechen sich für eine strengere Kontrolle der Auslandsfinanzierung von Moscheevereinen in Österreich aus, insbesondere über 50-Jährige und Menschen, die Parallelgesellschaften vermuten.

Auch der Vorschlag, die Mindestsicherung nach mehrmaliger Ablehnung von Jobangeboten auszusetzen, findet bei 80% der Bevölkerung Zustimmung. Diesem Vorschlag können vor allem niedrig Gebildete, über 50-Jährige, im Osten Österreichs lebende und Parallelgesellschaften vermutende Menschen etwas abgewinnen.

Die Vorschläge des Nichttragens von Kopftüchern (69%) sowie anderer sichtbarer religiöser Symbole von Kindergartenpersonal und Lehrerinnen (52%) und die Einführung einer generellen Obergrenze von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache in Kindergärten und Schulen (70%) werden mehrheitlich unterstützt.

Die Idee, dass Kindergärten auf religiöse Speisegebote Rücksicht nehmen sollten, wird jeweils von 48% der Bevölkerung unterstützt bzw. abgelehnt. Sehr kritisch sehen das Männer und Menschen im Süden Österreichs.

ABB. 9: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN IM BEREICH
FLÜCHTLINGE, ZUWANDERUNG UND INTEGRATION (AUGUST 2017)

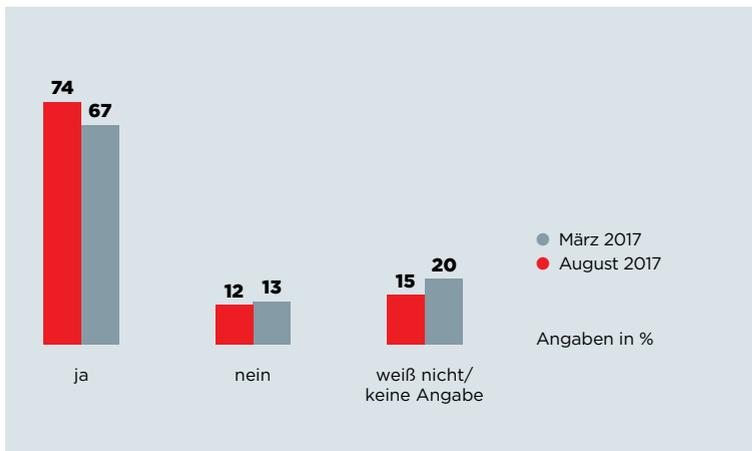


Themenbereich Parallelgesellschaften in Österreich

Die Existenz von Parallelgesellschaften in Österreich vermuten 74% der Bevölkerung.

Besonders Männer, 30- bis 49-Jährige und höhere Bildungsschichten nehmen die Existenz von Parallelgesellschaften wahr.

ABB. 10: EXISTENZ VON PARALLELGESELLSCHAFTEN IN ÖSTERREICH



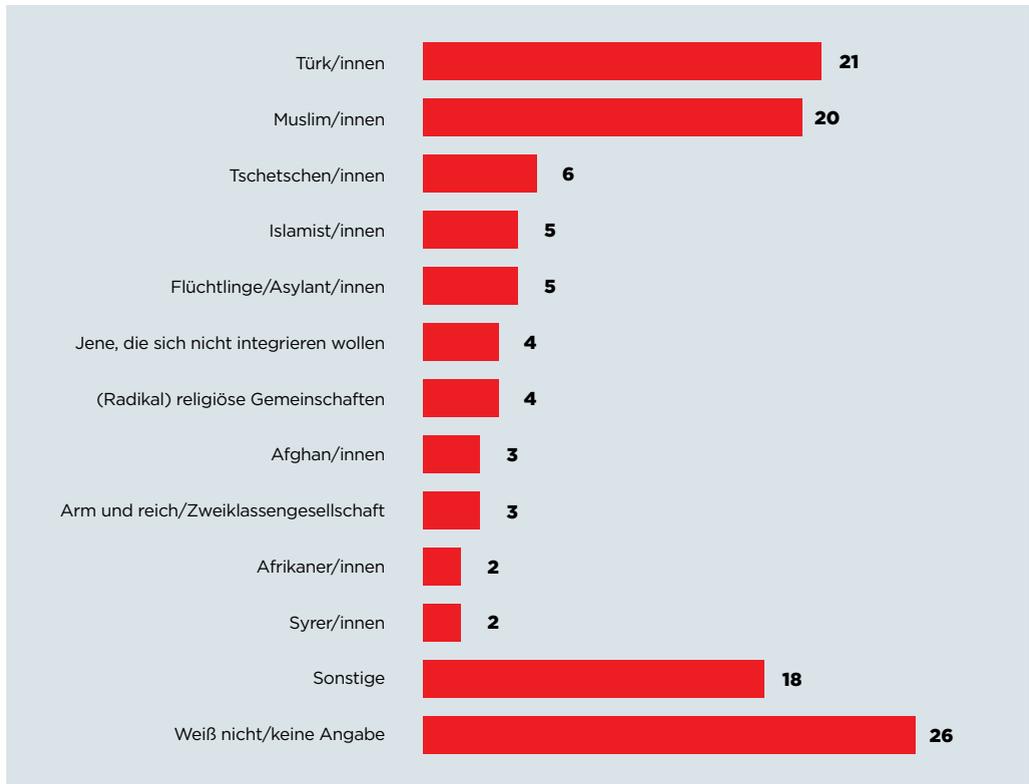
Rundungsdifferenzen möglich.

Problematische Parallelgesellschaften

Als problematischste Parallelgesellschaften werden Türk/innen (21%) und Muslim/innen (20%) gesehen, gefolgt von Tschetschen/innen (6%), Islamist/innen (5%), Flüchtlingen/Asylant/innen (5%), jenen, die sich nicht integrieren wollen (4%), radikal religiösen

Gemeinschaften (4%), Afghan/innen (3%), arm und reich (3%), Afrikaner/innen (2%) und Syrer/innen (2%). Sehr kritisch werden Türk/innen von über 50-jährigen Menschen, in Wien und im Westen Österreichs lebenden Menschen eingeschätzt.

ABB. 11: PROBLEMATISCHE PARALLELGESELLSCHAFTEN (AUGUST 2017)



Spontane Nennungen, Mehrfachnennungen möglich.

Angaben in %

Zustimmung zu Vorschlägen zur Verhinderung von Parallelgesellschaften

Der Vorschlag, islamische Kindergärten strenger zu kontrollieren, findet im August (84 %) mehr Zustimmung als im März (77 %). Sehr große Zustimmung findet dieser Vorschlag bei über 50-Jährigen, im Osten Österreichs Lebenden und Menschen, die Parallelgesellschaften vermuten.

Die Zustimmung zu einem verpflichtenden zweiten Kindergartenjahr bleibt stabil bei 88% im Vergleich zum März. Über 50-Jährige und im Osten Österreichs lebende Menschen können diesem Vorschlag sehr viel abgewinnen.

Einer Deutschpflicht als Voraussetzung für Gemeindewohnungen (76%), strengeren Kontrollen von Deutschkenntnissen (86%)

sowie einer Koppelung der Auszahlung von Sozialleistungen an anerkannte Flüchtlinge an ihre Integrationsbereitschaft (90%) stimmt die Mehrheit der Menschen zu.

Mehrheitliche Ablehnung, wie auch im März, erfahren die Vorschläge, einen besseren Zugang für Flüchtlinge und Zuwander/innen zu Gemeindewohnungen zu schaffen (58%) sowie die Erleichterung des Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft (79%).

ABB. 12: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN ZUR VERHINDERUNG VON PARALLELGESELLSCHAFTEN (AUGUST 2017)

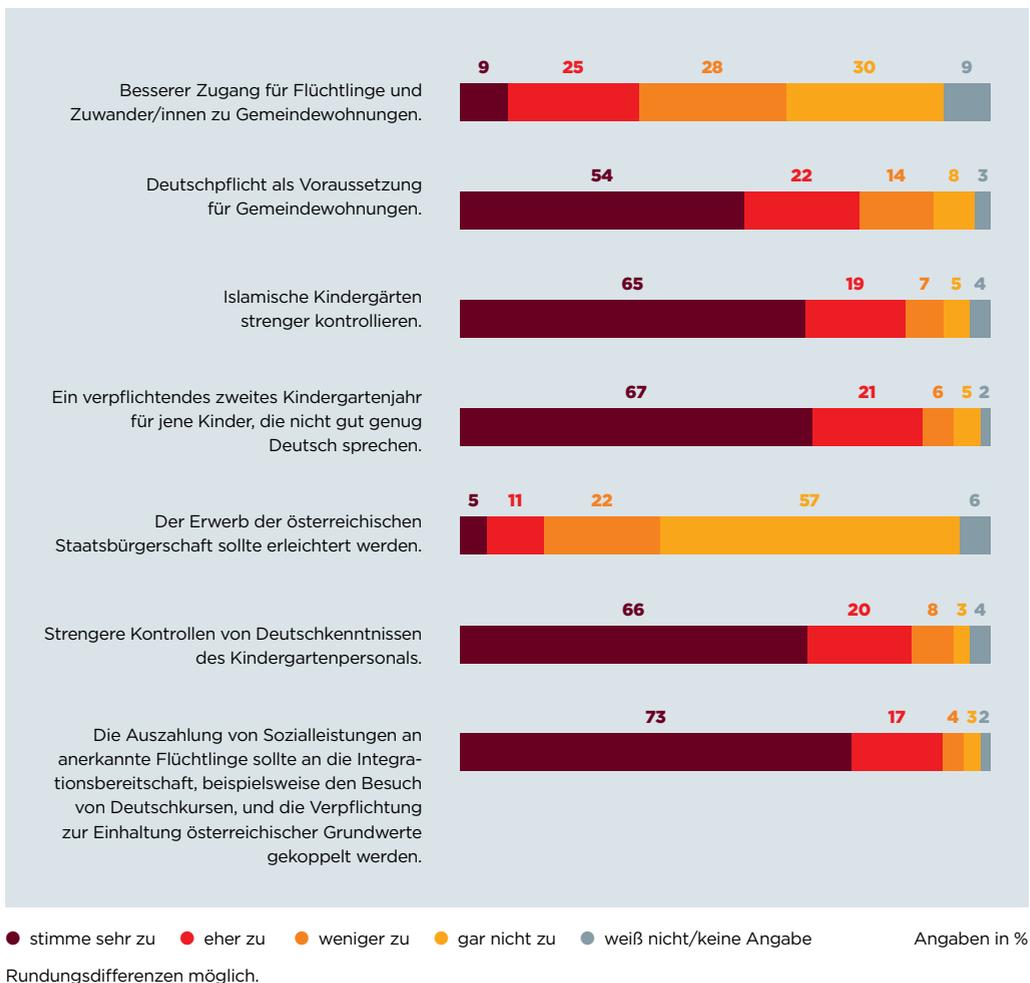
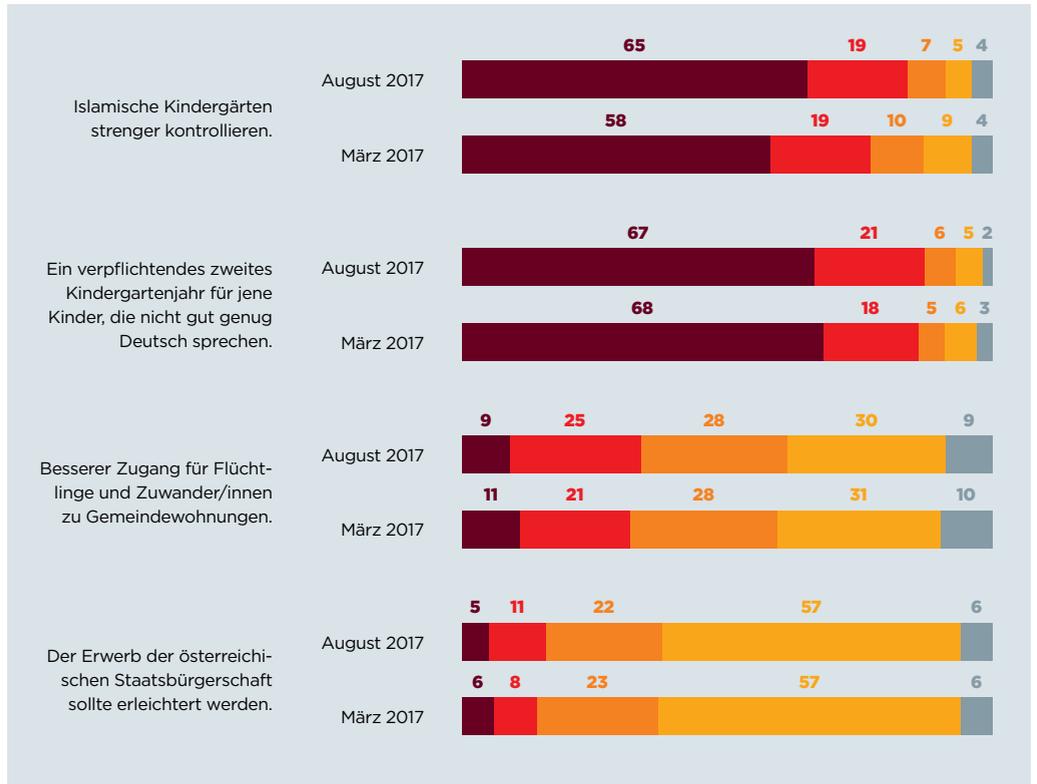


ABB. 13: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN ZUR VERHINDERUNG VON PARALLELGESELLSCHAFTEN: ZEITVERLAUF



● stimme sehr zu ● eher zu ● weniger zu ● gar nicht zu ● weiß nicht/keine Angabe Angaben in %
 Rundungsdifferenzen möglich.

Zustimmung zu Vorschlägen und Aussagen im Bereich Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration (März 2017)

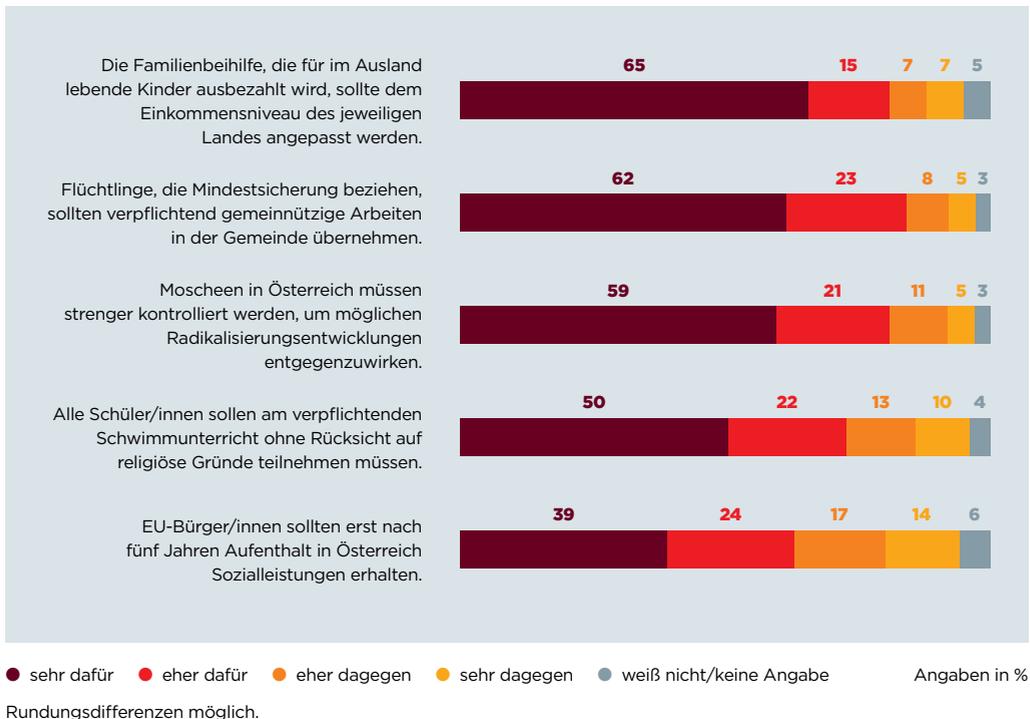
Der Vorschlag, dass Flüchtlinge, die Mindestsicherung beziehen, verpflichtend gemeinnützige Arbeiten in der Gemeinde übernehmen sollen, erfährt von 85% der Menschen

Zustimmung. Diesem Vorschlag können vor allem über 50-Jährige und im Süden Österreichs lebende Menschen etwas abgewinnen. Die Anpassung der Familienbeihilfe an das Landesniveau für im Ausland lebende Kinder sowie die Teilnahme aller Kinder am verpflichtenden Schwimmunterricht werden ebenfalls mehrheitlich befürwortet.

Der Vorschlag, EU-Bürger/innen erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Österreich Sozialleistungen auszuzahlen, trifft auch auf große Zustimmung (63%), insbesondere bei am Land lebenden Menschen und Menschen im Osten Österreichs.

Die Forderung nach strengerer Kontrolle von Moscheen ist gleich stark wie im Dezember 2016 und ausgeprägter bei Menschen, die im Süden Österreichs leben.

ABB. 14: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN IM BEREICH FLÜCHTLINGE, ZUWANDERUNG UND INTEGRATION (MÄRZ 2017)



Während die Mehrheit der Menschen der Aussage zustimmt, dass ein Islam, der sich an europäischen Werten orientiert, selbstverständlich ein Teil Europas sein könne, stößt die Aussage, dass der Islam zu Österreich

gehöre, auf mehrheitliche Ablehnung - insbesondere bei in Wien lebenden Menschen. Auch die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft trifft auf wenig Zustimmung (23%).

ABB. 15: ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN IM BEREICH FLÜCHTLINGE, ZUWANDERUNG UND INTEGRATION (MÄRZ 2017)

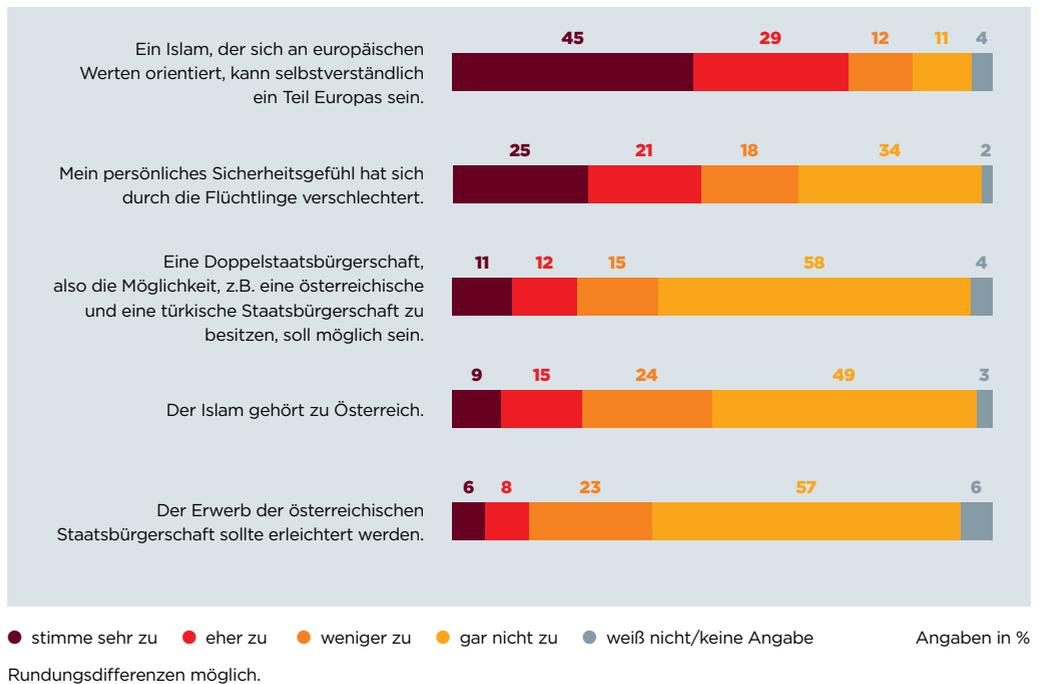
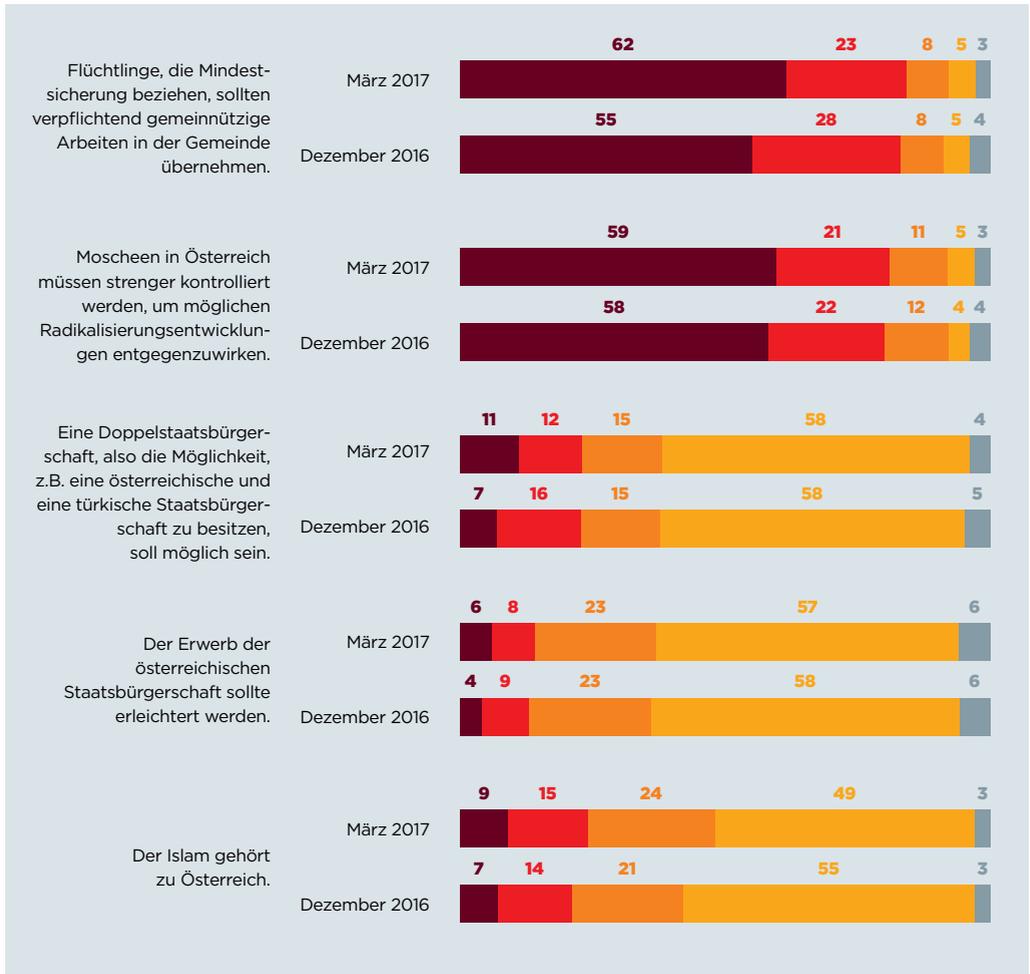


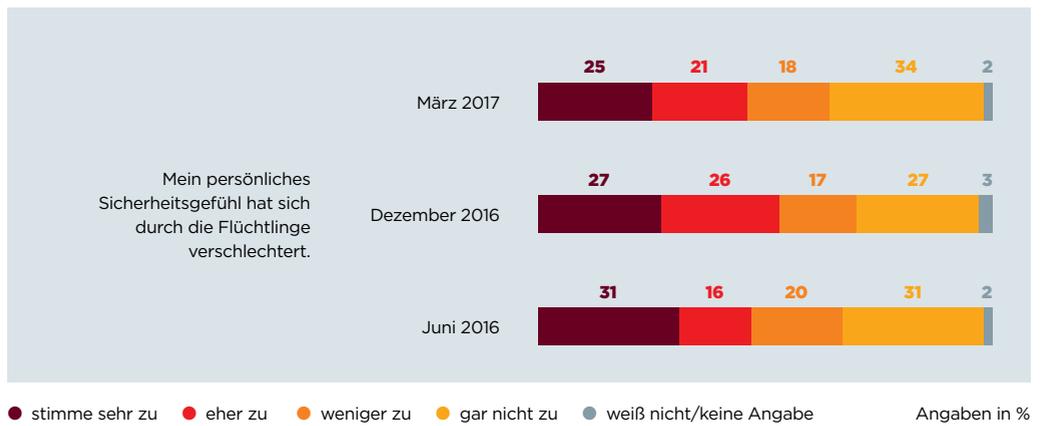
ABB. 16: ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN IM BEREICH
FLÜCHTLINGE, ZUWANDERUNG UND INTEGRATION: ZEITVERLAUF



● stimme sehr zu
 ● eher zu
 ● weniger zu
 ● gar nicht zu
 ● weiß nicht/keine Angabe
 Angaben in %
 Rundungsdifferenzen möglich.

Das persönliche Sicherheitsgefühl hat sich im Vergleich zu Dezember 2016 verbessert.

ABB. 17: ENTWICKLUNG DES PERSÖNLICHEN SICHERHEITSGEFÜHLS: ZEITVERLAUF



Themenbereich Parallelgesellschaften in Österreich (März 2017)

Bei der Beschreibung von Parallelgesellschaften werden im März 2017 sehr unterschiedliche Beschreibungen verwendet:

Einerseits Gruppenzuschreibungen wie Österreicher/innen und Ausländer/innen (12%), Türk/innen (10%) oder Muslime (9%), andererseits Attribute wie mangelnder Integrationswille (15%) oder Ablehnung von Gesetzen und Werten. (9%).

ABB. 18: BESCHREIBUNG VON PARALLELGESELLSCHAFTEN (MÄRZ 2017)



Spontane Nennungen, Mehrfachnennungen möglich, exkl. Sonstige, weiß nicht/keine Angabe.

Angaben in %

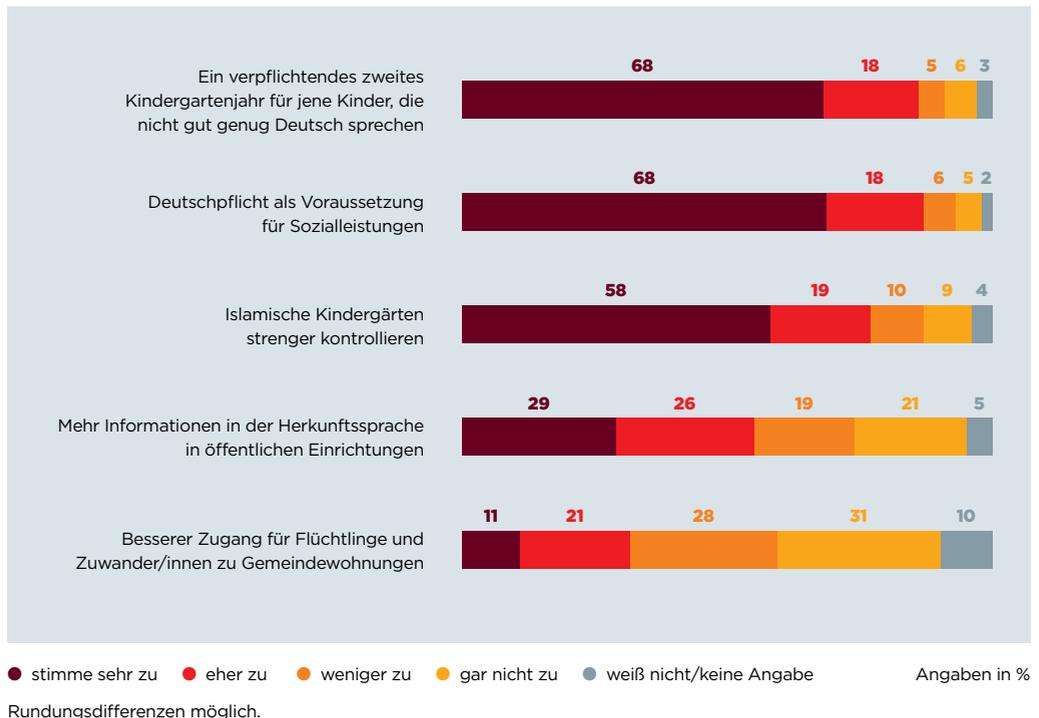
Zustimmung zu Vorschlägen zur Verhinderung von Parallelgesellschaften

Ganze 86% der Bevölkerung stimmen sowohl dem Vorschlag eines verpflichtenden zweiten Kindergartenjahres für nicht gut genug Deutsch sprechende Kinder als auch einer Deutschpflicht als Voraussetzung für Sozialleistungen zu.

Die Vorschläge, islamische Kindergärten strenger zu kontrollieren (77%) sowie mehr Informationen in anderen Herkunftssprachen in öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen (55%), werden ebenfalls mehrheitlich befürwortet.

Auf Ablehnung stößt der Vorschlag eines besseren Zuganges für Flüchtlinge und Zuwander/innen zu Gemeindewohnungen.

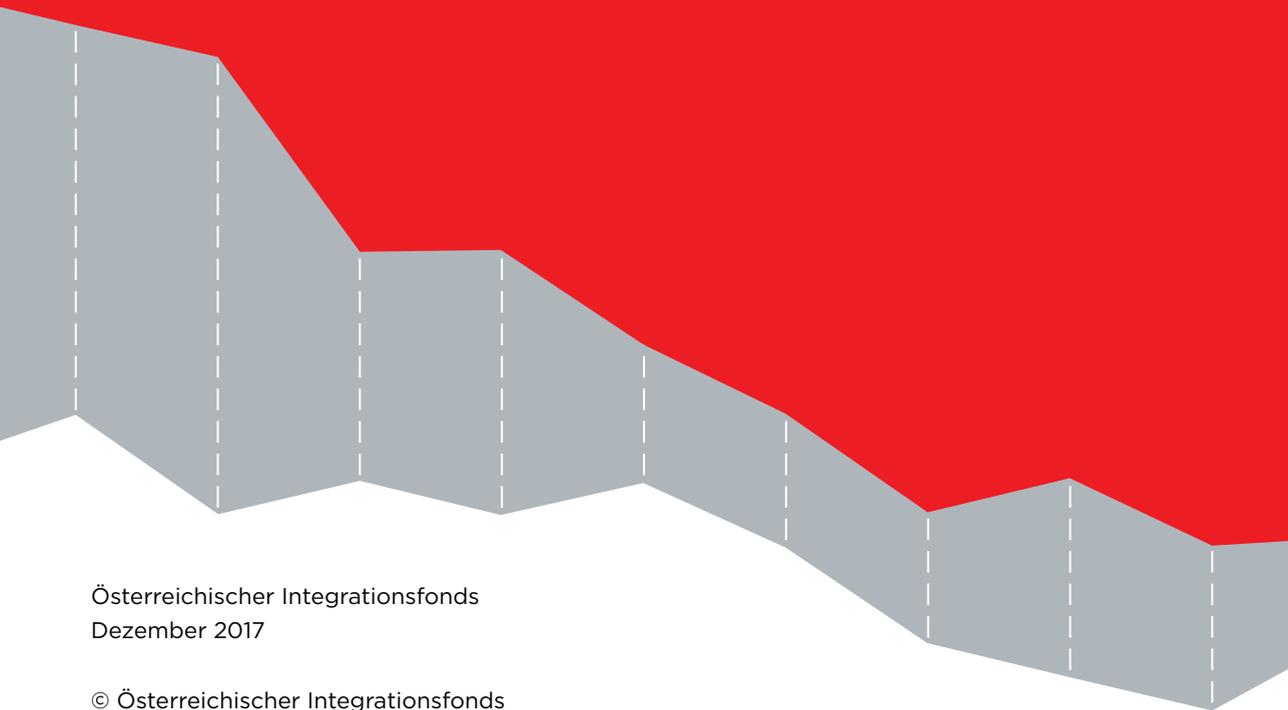
ABB. 19: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN ZUR VERHINDERUNG VON PARALLELGESELLSCHAFTEN (MÄRZ 2017)



Das Integrationsbarometer ist eine Befragung, die vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) in Zusammenarbeit mit Peter Hajek Public Opinion Strategies erstellt wird. Erstmals im November 2015 durchgeführt, werden seitdem regelmäßig 1.000 österreichische Staatsbürger/innen durch Telefoninterviews sowie eine Onlinebefragung zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt.

Ziel des ÖIF-Integrationsbarometers ist es, regelmäßig Einstellungen und Stimmungsströmungen zum Thema Integration zu erheben und damit Zahlen und Fakten für die Integrationsarbeit zu liefern.

Alle bisherigen Ausgaben des Integrationsbarometers finden Sie auf der Homepage des Österreichischen Integrationsfonds unter **www.integrationsfonds.at**.



Österreichischer Integrationsfonds
Dezember 2017

© Österreichischer Integrationsfonds